19. Wahlperiode

Drucksache **19/1343**

HESSISCHER LANDTAG

15.01.2015

HHA

Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/1228 zu Drucksache 19/1001

Inhalt des Antrags: **Beratungsstelle "Faire Mobilität"**

Einzelplan **08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

D e r L a n d t a g w o l l e b e s c h l i e ß e n :

Zu Kapitel Buchungskreis:	08 06 2795	Freiwillige Transferleistungen
Förderproduktnummer lt. Leistungsplan		43
Bezeichnung lt. Leistungsplan		Arbeitsmarktbudget

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Produktblatt ist unter Ziffer 5 „Empfänger“ am Ende des Satzes folgender Text nach dem Wort „Wohlfahrtsverbände“ einzufügen:

„…, Institutionen und Organisationen der Arbeitsmarktpolitik“.

Eingegangen am 15. Januar 2015 · Ausgegeben am 15. Januar 2015
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Hessische regionale Förderung und Ergänzung der DGB Beratungsstelle „Faire Mobilität“

Die DGB Beratungsstelle „Faire Mobilität“ in Frankfurt sollte durch einen eigenständigen regionalen Beratungsansatz im Rahmen einer Zielvereinbarung ergänzt werden.
Die Antragsstellung für die Beratungsstelle muss deshalb unabhängig von dem zurzeit laufenden Bundesprojekt erfolgen und sich auf zusätzliche Beratungsangebote für Wanderarbeiter konzentrieren. Anzustreben ist eine enge Kooperation der vorhandenen Beratungsangebote und der Behörden.

Die bei der Leistung A erhöhte Zuwendung in Höhe von voraussichtlich 70.000 EUR soll in der Leistung B eingespart werden. Die Einsparung soll im Bereich des Langzeitarbeitslosenprogrammes erfolgen. Hier sollen die vorgesehenen Kosten von 2.000.000 EUR auf 1.930.000 EUR reduziert werden.

Die Mittel sollen bis zum Abschluss der Zielvereinbarung gesperrt werden. Die Aufhebung der Sperre bedingt die vorherige Zustimmung des Ministers der Finanzen.

Wiesbaden, 15.01.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Mathias Wagner (Taunus)

Eingegangen am 15. Januar 2015 · Ausgegeben am 15. Januar 2015
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de